Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt"
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; ferner deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 135, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspediteuren Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: **Arthur Levysohn** in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt" nebst „Handels-Zeitung", sowie dem illustrirten Witzblatt „ULK", der seitlich Montags-Ausgabe „Zeitgeist", der „Technischen Rundschau", dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle" und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft" durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate 4 Zeile 50 Pf. (General-Anzeiger 20 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 135, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von **Rudolf Mosse** in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 25. **Berlin, Sonnabend, den 15. Januar 1898.** **XXVII. Jahrgang.**

Staatliches Genossenschaftswesen.

Das Genossenschaftswesen in Deutschland verdankt seine hohe Entwickelung der Thätigkeit des Mannes, nach dem der bedeutendste Genossenschaftsverband sich benennt, des selbstlosen Schulze-Delitzsch.

Sein heftigster Gegner war Lassalle. Zwischen ihm und dem Altmeister des deutschen Genossenschaftswesens zog derselbe den nachstehenden Vergleich:

„Als leidenschaftlicher, ehrgeiziger Demagoge, der sich in maßloser Eitelkeit mit dem Reichthum seines Geistes und Wissens drapirt, steht Lassalle dem ehrlichen Schulze gegenüber, der alle bestehenden Gegensätze selbst löst, die er von seinen Anhängern fordert. Der Eine geht auf wie ein glänzendes Meteor, überraschend, blitzend, eine Welt in Staub versetzend und wieder verschwindend, ohne einen ebenbürtigen Nachfolger zu hinterlassen. Der Andere trug ein langes Leben hindurch mühevoller Arbeit auf einseitigen, aber wohlvorbereiteten Pfaden dem Handwerkerstande die Fackel der Reform vor, und die Tausende von seinen Jüngern, die er angezündet hat, werden fort und fort leuchten und ihm ein dankbares Gedächtniß sichern. Er war ein einseitiger praktischer Reformator, der mit Segen und Glück selbst ein Stück unserer Geschichte zu machen verstand."

Das Prinzip der Genossenschaften nach Schulze-Delitzsch beruht, wie ihr Begründer selbst ausführte, darauf, daß sie nicht, gleich dem Sozialismus, das Heil von der Gesammtheit des Staates und seiner Bürger erwarten. Vielmehr wenden sie sich an die bei der Frage betheiligten Einzelnen und ordnen dieselben in Bestimmte, nach Thätigkeit und Interesse unterschiedene Gruppen. „Die zu jedem dieser Verbände gehörigen Mitglieder übernehmen es sodann, durch das Einstehen eines für Alle und Aller für Einen einander nur für ihre Existenz so nothwendige Sicherheit innerhalb ihres geschlossenen Kreises gegenseitig zu gewähren."

In Gegensatz zu Schulze sagte Lassalle 1863 in einer an die Arbeiter Berlins gerichteten Ansprache:

„Ich habe nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß der zustimmige Staat durch eine ihm sehr leicht fallende Creditoperation auch die Kapitalvorschüsse beschaffe, welche dem Arbeiter für die Bildung von Produktivassoziationen nothwendig sind. Diese Staatshülfe ist kein Gegensatz zur Selbsthülfe."

Der in diesen Worten liegende Gedanke hat unter dem gegenwärtigen preußischen Finanzminister v. Miquel seine Verwirklichung gefunden, freilich nicht zu Gunsten der Arbeiter, sondern zu Gunsten der Handwerker und der Landwirthe, für die „etwas geschehen" soll.

Daß dadurch das ganze Genossenschaftswesen bei uns in eine wilde Gährung gekommen ist, deren Entwickelungsgang man jetzt noch gar nicht übersehen kann, darauf weist mit Recht der gegenwärtige Anwalt des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften Dr. Hans Crüger in einer Arbeit: „Der heutige Stand des deutschen Genossenschaftswesens" hin.*) Anstatt daß sich die Genossenschaften nur nach den bestehenden Bedürfnissen von innen heraus bilden, wird die Gründung solcher Vereinigungen jetzt von oben herab anempfohlen. Infolge dessen treten viele Leute nur mit der Absicht, sich auf Kosten des Staates billigen Kredit zu verschaffen, zu Genossenschaften zusammen. Daß auf diese Weise ganz ungesunde Gründungen ohne jede Existenzberechtigung zu Stande kommen, deren Zusammenbruch unvermeidlich ist, ist nicht nur mit Gewißheit vorauszusehen, sondern schon durch die Erfahrung erwiesen worden. Und diese Regierung, die durch Wanderlehrer zur Gründung von Genossenschaften auffordert, die durch Vermittelung der neuen „Centralkasse" — für die die preußischen Steuerzahler bereits 20 Millionen Mark haben hergeben müssen — Geld erhalten sollen, hat sich genöthigt gesehen, schon des Oefteren vor der leichtsinnigen Gründung solcher Vereinigungen zu warnen. Auch hat sie es grundsätzlich abgelehnt, mit Staatsmitteln für die Verluste aufzukommen, die sich aus leichtsinnigen Gründungen und schlechter Verwaltung solcher in Treibhaushitze gezogenen Genossenschaften ergeben. Wer Näheres über diese Dinge erfahren will, lese die citirte Schrift Crügers nach.

Welches Motiv die Regierung eigentlich verfolgt, wenn sie die auf soliden Grundsätzen aufgebauten Schulze-Delitzschschen Genossenschaften eher chikanirt als fördert, dagegen durch Hergabe von Staatsgeldern zur Gründung unsolider und nicht lebensfähiger Genossenschaften direkt anreizt, darüber wollen wir uns nicht auslassen. Aber wir wollen hier mittheilen, wie die Reaktionäre — die die Schulzeschen Genossenschaften stets bekämpften, obgleich diesen nie eine Parteinahme in politischer Beziehung etwa zu Gunsten des Liberalismus nachgewiesen ist, — durch Gründung solcher Institute Parteipolitik zu treiben suchten. 1863 erschien über eine solche konservative Vorschußkasse zu Rothenburg ein Bericht in der „Berliner Revue", in dem sich folgende kennzeichnende Stelle fand:

„Jeder zuverlässige, das heißt zahlungsfähige Mann respektive jeder mit zahlungsfähigen Garanten erhält Geld. Dazu wird aber jedem Einzelnen eröffnet, daß wir nur mit konservativen Leuten Geschäfte machen. Die nächste nicht konservative Abstimmung — öffentliche oder kommunale — schließt unfehlbar eine Prolongation des Wechsels aus. Wir haben hierin schon gute Erfolge gehabt."

So arbeiteten die Kassen, die aus einer Bewegung hervorgingen, an deren Spitze Blankenburg, Kleist-Retzow, Wagner, Kossika, Neuhaus standen. Das berüchtigste jener Institute war die Gewerbebank H. Schuster u. Komp. mit ihren zahlreichen Filialen und Agenturen. Sie alle haben ein trauriges Ende genommen und dabei nicht selten den Staatsanwalt beschäftigt.

In der Bekämpfung der Genossenschaften, die auf den von Schulze-Delitzsch aufgestellten Grundsätzen beruhen, durch staatlich unterstützte Gründungen hat sich in den letzten Jahren der vortragende Rath Freiherr v. Broich besonders hervorgethan. Ueber seine Thätigkeit schreibt Dr. Hans Crüger:

„Er ist der Vater der vor zwei Jahren von dem Finanzminister v. Miquel ins Leben gerufenen Preußischen Centralgenossenschaftskasse. Freiherr v. Broich aber hatte auch offenbar davon gehört, daß die konservative Partei einst den Versuch gemacht hatte; mit Kreditgenossenschaften Wahlpolitik zu treiben, der Versuch war freilich mißglückt, warum ihn aber nicht erneuern? In einem Cirkular wurde mit Bezug auf die Aussichten des sozialreformatorischen Genossenschaftswesens die Stärke der Kartellparteien geprüft und dann ausgeführt:

„Die erwähnten drei Parteien brachten bei der letzten Reichstagswahl über 3½ Millionen Stimmen an den Wahltisch. Alle Wahlmänner müßten als Vertrauensmänner und Helfer unseres sozialreformatorischen Genossenschaftswesens angesehen werden; sie nehmen in ihren Orten eine hervorragende bürgerliche Stellung ein und haben Gefolgschaft hinter sich ... Auch die Begeisterung für die Genossenschaftswerke des praktischen Christenthums sollte doch am echtesten und leistungsfähigsten bei den dreimalhunderttausend politischen Fahnenträgern der kaiserlichen Botschaft sein."

Zur Durchführung dieses Gedankens schuf Freiherr v. Broich in Berlin die Deutsche Centralgenossenschaft als eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, die den Mittelpunkt bilden sollte für ein Netz von Kreditgenossenschaften, das über ganz Deutschland sich erstreckte."

Im Juni 1889 konstituirten sich auf Veranlassung des Freiherrn v. Broich in Berlin die Deutsche Centralgenossenschaft, der Deutsche Kreditverein und die Märkische Spar- und Leihbank für Berlin. Dr. Crüger theilt über die Entwickelung dieser Gründungen und ihr Verhältniß zu Herrn v. Broich noch mit:

„Der Deutsche Kreditverein hat dem Freiherrn v. Broich bald eine bündige Absage gegeben. Die beiden anderen Genossenschaften fristen ein kümmerliches Dasein. Freiherr v. Broich aber hat es auf allen nur möglichen Gebieten seitdem versucht, die soziale Frage zu lösen, und überall mit dem gleichen Mißerfolge; er wandte sich dem „volkswirthschaftlichen und sittlichen Fortschritte für Schulwesen, Hygiene und Medizinalreform" zu, leitete die Aktiengesellschaft „Pionier", die die wunderliche Firma führt: Gemeinnützige Aktiengesellschaft Pionier, für Aktienunternehmungen für volkswirthschaftlichen und sittlichen Fortschritt, für Gesundheitswesen und Medizinalwesen", schuf eine „Gesellschaft zur Begründung von gemeinnützigen Heimen", schrieb Bücher über Schaffung von Arbeitsstellen, in seiner Zeitschrift ließ er den Grundsatz aufstellen: „Der industrielle und landwirthschaftliche Schutzzoll ist in der That die unentbehrliche Grundlage für die Wirthschafts- und Sozialreform und damit auch die unentbehrliche Grundlage für eine Verallgemeinerung und Vervollkommnung des Genossenschaftswesens, das heißt für ein sozialreformatorisches."

Die Grundlagen des Genossenschaftswesens werden durch solche Gründungen wie die Broichschen verschoben, die gesunden Prinzipien Schulzes mehr und mehr verlassen. Man vergißt, daß Vertrauen zur eigenen Kraft, Anspannung aller Kräfte und Gemeinsinn die Grundpfeiler der Genossenschaften sind. Auf die Gründerperiode wird ein „Krach" folgen. Wer in diesen nicht hineinzegogen zu werden wünscht, der verhalte sich den „staatlichen Genossenschaften" gegenüber vorsichtig. Die Schrift Crügers, die werthvolles Material der verschiedensten Art über den gegenwärtigen Stand des Genossenschaftswesens enthält, bietet ein praktisches Hülfsmittel für Jeden, der auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens thätig sein will, und man sollte die darin niedergelegten Erfahrungen nicht unberücksichtigt lassen.

*) Volkswirthschaftliche Zeitfragen, Heft 153—155. Berlin, Leonhard Simion.

---

* Der **Reichstag** beschäftigte sich gestern die ganze Sitzung mit Entwürfen und Anträgen, die die Abänderung von **Justizgesetzen** bezwecken. Zu den Regierungsvorlagen, mit denen das Haus schon am Dienstag und Mittwoch befaßt war, sprach nur noch der Abgeordnete Beckh (freisinnige Volkspartei), der sich natürlich ebenfalls gegen die Erhöhung der Revisionsgrenze erklärte. Alsdann wurden die Vorlagen an die Kommission verwiesen, der schon die Vorberathung der Vorlage wegen der freiwilligen Gerichtsbarkeit übertragen ist. Nunmehr wandte sich das Haus der Erörterung des Antrages v. Salisch zu, der den Nacheid einführen und die Zahl der Vereidigungen überhaupt vermindern will. Alle Redner stellten sich diesem Antrage mehr oder minder sympathisch gegenüber. Abgeordneter Lenzmann von der freisinnigen Volkspartei sprach in seinen Ausführungen davon, daß manche Richter so gewissenlos seien, daß sie den Sozialdemokraten von vornherein eine geringe oder gar keine Achtung vor der Heiligkeit des Eides zutrauten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen, der früher bekanntlich Rechtsanwalt war, behandelte diese Frage ebenfalls und zog sich wegen der scharfen Ausdrücke, die er gebrauchte, zwei Ordnungsrufe zu, deren einen Präsident v. Buol erst auf Antrag des früheren Präsidenten Herrn v. Levetzow verhängte. Herr Stadthagen hatte nämlich eine beleidigende Bemerkung gegen den konservativen Abgeordneten Himburg, freilich, ohne ihn zu nennen, aber mit deutlicher Anspielung auf seine Person, gebraucht. Der Antrag Salisch wird ebenfalls zunächst durch Kommissionsberathung vorbereitet werden. Dieses Schicksal sollte den Anträgen Rintelen und Lenzmann-Munckel betreffend Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen nach dem Wunsche der Antragsteller erspart bleiben. Außer diesen sprachen zu dem Gegenstande noch die Abgeordneten v. Buchka (konservativ), Dr. Pieschel (nationalliberal), Werner (Antisemit), Graf Bernstorff (Reichspartei), v. Strombeck (Centrum), Stadthagen (Sozialdemokrat) und Beckh (freisinnige Volkspartei). Aus den Reden dieser Mitglieder des Hauses läßt sich der Schluß ziehen, daß eine Verständigung im Reichstage unschwer zu erzielen sein würde. Doch ist kaum anzunehmen, daß eine Einigung mit der Regierung zu Stande gebracht werden kann. Ein Antrag auf Kommissionsberathung wurde abgelehnt, und die zweite Lesung der Anträge wird daher nach den Wünschen ihrer parlamentarischen Väter gleich im Plenum stattfinden. Heute hält der Reichstag keine Sitzung ab. Am Montag wird er mit der zweiten Lesung des Etats (Reichsamt des Innern) beginnen.

✠ Der Abschied des Kriegsministers Wannowski.

Der Telegraph hat die Enthebung des russischen Kriegsministers Wannowski von seiner Stelle gemeldet und die Ernennung des Generals Kuropatkin zum Verweser des Kriegsministeriums. General Wannowski hat zehn Jahre an der Spitze des Kriegsministeriums gestanden und gemeinsam mit dem Generalstabschef Obrutschew das gesammte russische Heerwesen hoch emporgehoben. Er war hierbei von keiner Seite behindert, er hatte immer gefüllte Kassen, und auch aus eigener Anschauung hatte er als Stabschef des verstorbenen Zaren 1877/78 die vielen Mängel des damals sehr unfertigen russischen Heerwesens kennen gelernt. Er besaß überdies nicht nur das volle Vertrauen des Zaren, sondern wurde namentlich von der Zarewna hoch geschätzt. Die neue Entwickelung des russischen Heeres begann mit dem Wehrgesetz vom 1. Januar 1874; sie gerieth durch obigen Krieg zu einem Stillstande, um nach dem Rücktritt Miljutins mit um so größerer Vorsicht und planmäßig wieder aufgenommen zu werden.

Was Rußland in diesen zehn Jahren geschaffen hat, ist staunenswerth. Noch 1877 hatte Rußland für seine ganze Armee keinen Mobilmachungsplan. Die nächsten Folgen sind nicht ausgeblieben. Hier setzte der umsichtige neue Kriegsminister ein: Rußland muß, wie Deutschland, seine ganze Armee auf einen Schlag mobilisiren, transportiren und aufmarschiren lassen können. In diesem einen Satz läßt sich die gesammte Thätigkeit Wannowskis zusammenfassen. Und der Wandel, den er mit Unterstützung Obrutschews geschaffen hat, stellt Wannowski für immer in die Reihen der Louvois, Carnot und Roon. Wenn obiger Satz den erwünschten Erfolg zeitigen sollte, dann mußte die Friedensarmee reorganisirt, namentlich mußten die Reserveformationen enge an die Armee angeschlossen werden; die Armee mußte im Frieden zweckmäßig untergebracht und ihre Ausbildung vervollkommnet werden. Für den Transport waren neue Bahnlinien nöthig, und fast sämmtliche Bahnen mußten für die militärische Benutzung zweckmäßiger eingerichtet und ausgebaut werden. Die Reserven mußten im Frieden zu Uebungen herangezogen werden. Endlich schuf Wannowski an der ganzen Westseite des Reiches ein großartiges Festungssystem, wobei er sich von den Irrthümern der Franzosen fern hielt. So hat Wannowski erst die Frage der möglichsten Kriegsbereitschaft aufgeworfen, klar und nach allen Richtungen überlegen und bis zu einem hohen Grade der Vollkommenheit gelöst. Es wird gut sein, wenn wir uns dessen bewußt bleiben.

Mit der Vervollkommnung der militärischen Einrichtungen ging deren Verstärkung Hand in Hand. Rußland ist heute die größte Militärmacht der Welt. Auch für die Truppen in Asien besteht im Frieden ein sorgfältig ausgearbeiteter Mobilmachungsplan, was England noch viel zu denken geben wird. Die Schwierigkeiten, welche sich der Durchführung der Anfangs für unausführbar gehaltenen allgemeinen Wehrpflicht entgegenstellten, waren groß; sie wurden aber durch Wannowskis Geschicklichkeit, seine Geduld und sein methodisches Arbeiten schneller überwunden als in irgend einem anderen Lande.

Der neue Kriegsminister General Kuropatkin übernimmt das Heer mit auf allen Gebieten zeitgemäß geschaffenen Grundlagen. Er ist ein bekannter Schriftsteller und war der Stabschef des berühmten Skobelew 1877/78. Völlig in alle Zweige des Heerwesens eingedrungen, konnte kein tüchtigerer Nachfolger für Wannowski gefunden werden. Kuropatkin unterscheidet sich aber doch wesentlich von seinem Vorgänger. Er ist politisch indifferent, und er hat öffentlich einen Freimuth und eine Schärfe in der Kritik bethätigt, wie Gleiches bisher nicht in den freiesten Kulturländern gewagt wurde. Diese Kritiken erzeugten in der russischen Armee ein reges wissenschaftliches Leben. Nicht nur die

Hierzu für die auswärtigen Abonnenten „Deutsche Lesehalle" Nr. 3.